

1 Schwarz-Grün geht an die Substanz – Ihr verscherbelt
2 unsere Zukunft!

3 *"Wo fehlt's nicht irgendwo auf dieser Welt?
4 Dem dies, dem das, hier aber fehlt das Geld"*
5 *Goethe, Faust II*
6

7 Eine solide Haushaltspolitik wird von der CDU immer wieder als Argument ins Feld
8 geführt, um beim Wähler den Eindruck zu hinterlassen, die öffentlichen Finanzen seien
9 bei der CDU in guter Hand. Die CDU geriert sich als Partei der Sparsamkeit und belegt
10 die anderen Parteien mit dem Stigma der Verschwendung. Der jüngste Bericht des
11 Hamburger Rechnungshofes zeigt, dass die Realität erheblich von konservativen
12 Wunschvorstellungen abweicht: Er stellt den Schwarz-Grünen Haushaltern ein
13 Armutszeugnis aus und spricht Ihnen jede Kompetenz ab.

14 Der Präsident Jann Meyer-Arbig hebt in seiner Rede zum jüngsten Jahresbericht deutlich
15 das Versagen des Senates auf dem Feld der nachhaltigen Finanzpolitik hervor:

16 *„Nicht nur wer Schulden aufnimmt und sie nicht tilgt, wer Beamte einstellt und die
17 Versorgung der nächsten Generation überlässt oder wer staatliches Vermögen veräußert, um
18 damit laufende Ausgaben zu bestreiten, handelt gegen das Leitbild intergenerativer
19 Gerechtigkeit. Dies tut auch derjenige, der nicht ausreichend in den Erhalt von
20 Staatsvermögen investiert.“*

21 Der Substanzverlust in Hamburg ist nach Erkenntnissen des Rechnungshofes massiv: Er
22 beläuft sich allein an der Universität auf 375 Mio. Euro. Zusätzlich beziffert der
23 Rechnungshof den Werteverlust an Hamburger Straßen auf 55 Mio. Euro pro Jahr. Jeder
24 Hamburger Verkehrsteilnehmer merkt diese unterlassenen Investitionen. Radwege und
25 Straßen gleichen mehr und mehr Buckelpisten. Schlaglöcher wachsen sich zu Kratern
26 aus. Gerade nach diesem harten Winter muss der Zustand des Straßennetzes evaluiert
27 werden und der Investitionsstau aufgehoben werden, damit sich der Zustand der

28 Infrastruktur nicht weiter verschlechtert. Unterlässt man heute die nötigen Reparaturen
29 und Wartungen, schlagen sie in ein paar Jahren umso stärker zu buche.

30 An Stelle der Sicherung Hamburger Werte setzt der Schwarz-Grüne Senat auf teure
31 Prestigepolitik: Bei den „Leuchtturmprojekten“ Hafencityuni, IBA und igs bemängelt der
32 Rechnungshof das Fehlen funktionierender Kostenmanagementsysteme festzustellen,
33 die Kosten laufen dem Senat vollkommen aus dem Ruder. Es werden Blankovollmachten
34 für Millionen von Steuergeldern gegeben. Bei der Elbphilharmonie ist dies allgemein
35 bekannt.

36 Auf der anderen Seite verramschten die konservativ geführten Senate systematisch
37 öffentliches Eigentum: LBK weg, HHLA zum Teil weg. Anstatt die Einnahmen in
38 Infrastruktur und Hafenausbau zu investieren, flossen Sie dem allgemeinen Haushalt
39 zu.

40 Aber auch die allgemeine Haushaltspolitik ist nicht solide: Seit 2001 stieg der
41 Betriebsmittelhaushalt um 1,5 Mrd. Euro an. Teure Prestigeobjekte werden geplant und
42 gebaut, aber um ihren langfristigen Unterhalt schert sich der Senat nicht. Bis 2014 plant
43 der Senat sogar die Rekordneuverschuldung von 6 Mrd. Euro und das trotz des
44 Verschleierns der Kosten für Schul- und Hochschulbau in Schattenhaushalten. Mit dieser
45 Art von Finanzplanung beschneidet Schwarz-Grün die Gestaltungsmöglichkeiten
46 künftiger Generationen. Vermögen wird versilbert, Infrastruktur verkommt, Klientel
47 wird bedient.

48 Der Rechnungshof bemängelt aber nicht nur die fatale Ausgabenpolitik. Auch auf der
49 Einnahmeseite werden elementare Aufgaben vernachlässigt: Er wirft die Senat vor „das
50 gesetzliche Gebot zur Erhebung kostendeckender Gebühren“ nicht zu erfüllen. Daraus
51 ergeben sich Mindereinnahmen von 26 Mio. Euro, die aus mangelhafter Datenqualität
52 und dem Verzicht auf saubere Kosten-Leistungsrechnung resultieren. Der Steuerzahler
53 subventioniert den Erhalt besonderer öffentlicher Leistungen. Das ist nicht nur
54 haushälterisch fatal, das ist unsozial! Anstatt dem Kostendeckungsgebot aus dem
55 Gebührengesetz (GebG) in den Bereichen wo es gesetzlich vorgeschrieben ist
56 konsequent zu folgen – dies sind alle mit Ausnahme von Bildung und Kultur - werden
57 unsoziale Lenkungsgebühren wie Studiengebühren erhoben und die Lernmittelfreiheit
58 abgeschafft.

59 An statt solide zu wirtschaften, werden Potentiale nicht genutzt und soziale Bereiche
60 mit einem rigiden Pseudo-Sparkurs klein gehalten. Die ungenutzten Potentiale zeigen
61 aber auch deutlich, worum es dem Senat bei seiner Sparpolitik eigentlich geht: Nicht die
62 Rettung des Haushaltes ist das Ziel, sondern die systematische Schwächung der sozialen
63 Bereiche und damit die Spaltung der Stadt.

64 Was nützt der Stadt ein blitzblanke Elbphilharmonie, wenn Sie auf schlechten Straßen
65 nicht erreichbar ist und man von ihr aus nur auf marode Hafengebäude schauen kann?
66 Was soll die schönste Uniplanung, wenn nur noch eine Handvoll sich das Studium
67 leisten kann?

68 Die Jusos Hamburg fordern den Hamburger Senat auf:

- 69 - den Substanzverlust in unsere Stadt sofort zu stoppen und die notwendigen
70 Investitionsmittel bereitzustellen. Dafür müssen Kürzungen bei Prestigeprojekten
71 in Kauf genommen werden;
- 72 - für jedes Projekt eine genaue Aufstellung der erwarteten Betriebskosten
73 aufzustellen und die Auswirkungen auf den Betriebshaushalt aufzuzeigen;
- 74 - auf teure und unrentable Leuchtturmprojekte zu verzichten, so lange damit eine
75 Vernachlässigung des bestehenden einhergeht;
- 76 - Das Kostendeckungsgebot in den vorgeschriebenen Bereichen einzuhalten. Solange
77 dies nicht der Fall ist, soll auf alle Bildungsgebühren verzichtet werden.

78 Die Jusos Hamburg fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:

- 79 - jede Verfehlung des Senats in Bezug auf die oben genannten Punkte bei dem
80 Erhalt der Stadt konsequent anzugreifen und in die Öffentlichkeit zu tragen;
- 81 - bei bestehenden Projekten regelmäßige Kostenevaluierungen durchzuführen.